

## **Bürgergeld-Debatte: Leben in Kassel zwischen Existenzminimum und Stigmatisierung**

Im Kasseler Fall beschreibt Bürgergeld-Empfänger Oliver Haibusch seine Sorgen in der Debatte um Sozialleistungen und Existenzminimum.

Die Diskussion um das Bürgergeld in Deutschland sorgt derzeit für hitzige Debatten. Während parteipolitische Auseinandersetzungen anregen, fühlen sich betroffene Bürger oft stigmatisiert und in ihrer Notlage missverstanden. Ein Beispiel hierfür ist Oliver Haibusch, ein 58-jähriger alleinstehender Vater aus Kassel, der seit über sechs Jahren wegen gesundheitlicher Probleme auf das Bürgergeld angewiesen ist.

Haibusch und seine 14-jährige Tochter müssen bis zum kleinsten Cent planen, um über die Runden zu kommen. Mit monatlich etwa 700 Euro aus dem Bürgergeld ist für eine Familie nicht viel Platz bei unerwarteten Ausgaben. „Man muss immer genau gucken, was für den Monat zur Verfügung steht“, berichtet Haibusch. Der Betrag reicht gerade einmal aus, um die notwendigsten Kosten für Lebensmittel, Strom und den ÖPNV zu decken.

### **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und politische Forderungen**

Die politische Debatte um das Bürgergeld hat ebenfalls an Fahrt aufgenommen. Besonders die FDP und die CDU kritisieren die Höhe der Zuschüsse. Laut den politischen Vertretern sind die

Bezüge zu hoch und fördern Anreize zur Arbeitslosigkeit. Es wird gefordert, die Leistungen zu kürzen, um angebliche Fehlanreize zu beseitigen. Christian Dürr von der FDP führt aus, dass viele Bürgergeldempfänger mit staatlichen Hilfen besser dastehen könnten als vollzeitarbeitende Menschen.

Doch was nicht bedacht wird, sind die tatsächlichen Lebensrealitäten der Bürgergeldempfänger. Haibusch selbst hätte gerne wieder einen regulären Job, leidet jedoch unter fortwährenden gesundheitlichen Problemen, die eine Rückkehr in den Arbeitsprozess unmöglich machen. Und wie viele andere in seiner Situation hat er nicht die Wahl, auf die Hilfe des Staates zu verzichten.

## **Stigmatisierung und gesellschaftliche Wahrnehmung**

Ein besonders belastender Aspekt in dieser Diskussion ist die Stigmatisierung der Bürgergeldempfänger. „Es fühlt sich nicht gut an, als sei man ein Schmarotzer in der Gesellschaft, wenn man Bürgergeld bezieht“, sagt Haibusch. Diese negative Wahrnehmung, die von politischen Äußerungen befördert wird, betrifft das Selbstwertgefühl der Betroffenen und verstärkt das Gefühl der Isolation.

Der Leiter der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit, Frank Martin, stellt klar, dass die Mehrheit der Empfänger des Bürgergeldes nicht faul ist. In Hessen erhalten über 420.000 Menschen Bürgergeld, davon könnte nur ein kleines Drittel tatsächlich arbeiten. Die Mehrheit ist aus gesundheitlichen oder anderen Gründen auf die Unterstützung angewiesen. Martin argumentiert, dass das Bürgergeld die letzte Auffangmöglichkeit für Menschen sei, die keinerlei andere Einkünfte oder Hilfen erhalten.

Die politischen Manöver, die in der Öffentlichkeit stattfinden, stützen sich oft auf ein verzerrtes Bild der Realität. Die berufliche Realität und die damit verbundenen

Herausforderungen bleiben oft ausgeblendet.

## **Ein Aufruf zur Empathie**

Abschließend hält Haibusch fest, dass Politiker, die eine Senkung des Bürgergeldes fordern, sich besser in die Lage derjenigen versetzen sollten, die darauf angewiesen sind. „Ich würde denen wirklich ans Herz legen, das mal auszuprobieren, wirklich mal im Bürgergeld-Bezug zu sein“, erklärt er. Diese Perspektive fehlt in der breiten politischen Diskussion und könnte dazu beitragen, dass mehr Empathie und Verständnis für die Lebensumstände von Bedürftigen entsteht.

## **Gesetzliche Rahmenbedingungen und Weiterentwicklungen**

Das Bürgergeld wurde im Januar 2023 eingeführt und löste das zuvor geltende Arbeitslosengeld II ab. Der Gesetzgeber verfolgt mit dieser Reform das Ziel, soziale Sicherung zu verbessern und Bürokratie abzubauen. Im Unterschied zum Arbeitslosengeld II wird beim Bürgergeld mehr Wert auf individuelle Unterstützung gelegt, insbesondere durch qualifizierende Maßnahmen zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Dies umfasst u.a. Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die Förderung von Arbeitsplätzen in sozialen Berufen.

Die Regelbedarfe werden regelmäßig überprüft und angepasst, um den Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen. Laut einer Berechnung des Statistischen Bundesamtes stiegen die Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren erheblich an, was auch die Anpassung der Bürgergeldsätze notwendig machte. Es gab Bestrebungen des Gesetzgebers, unter anderem die Komponenten der Regelsätze transparenter zu gestalten und die Anrechnung von Einkommen aus Nebenjobs attraktiver zu gestalten.

## **Sozialer Kontext und gesellschaftliche**

## Debatten

Die Debatte um das Bürgergeld spiegelt einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs über soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung in Deutschland wider. Viele Betroffene, darunter auch Oliver Haabus, fühlen sich durch die öffentliche Diskussion stigmatisiert. Diese Wahrnehmung wird durch die Kritik an den Bürgergeldsätzen verstärkt, die oftmals als zu hoch oder als Anreiz zur Arbeitslosigkeit bezeichnet werden. Dies führt zu einem Spannungsfeld zwischen den Ansichten von Politikern und der Realität, der viele Bürgergeldempfänger gegenüberstehen.

Das Bürgergeld soll für Menschen, die vor einer Existenzbedrohung stehen, ein sicheres Fundament bieten. Institutionen wie die Diakonie und das Deutsche Rote Kreuz setzen sich aktiv für eine humanitäre Unterstützung der Betroffenen ein. Diese Organisationen bemühen sich, den Menschen nicht nur finanzielle Hilfe zu gewähren, sondern sie auch bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**